

Liestal, 20. November 2017/meu

## Stellungnahme

---

Vorstoss	Nr. <b>2017-402</b>
Postulat	von Philipp Schoch
Titel:	<b>Weihnachtsbäume aus der Region fördern</b>
Antrag	Vorstoss ablehnen

### 1. Begründung

Das Anliegen, den Absatz einheimischer und „wiederverwendbarer Topf-Weihnachtsbäume zu fördern ist per se begrüssenswert und unter bestimmten Voraussetzungen auch unterstützenswert. Wir sind allerdings der Ansicht, dass eine solche Förderung a) unter allen ökologischen Aspekten zu prüfen ist und b) unter dem Aspekt der Stufengerechtigkeit.

Zu a) Wald- und Landwirtschaft bieten sich bereits heute genügend gute Rahmenbedingungen, um einheimische Weihnachtsbäume zu produzieren und damit sich bietende Chancen Grenzen ergeben sich im Wald primär aufgrund des Verbots des Dünges/Wachstumsmitelesinsatzes, was die Gefahr mit sich bringt, dass „natürliche“ Weihnachtsbäume in Form und Aussehen nicht zwingend den Marktansprüchen gerecht werden. Zielkonflikte ergeben sich zudem aus der Tatsache, dass „Weihnachtsbaumkulturen“ tendenziell auf Grenzertragsböden angelegt werden, die aus Naturschutzüberlegungen anderweitig genutzt werden können und aus öffentlicher Sicht auch sollten. Der Ausdehnung von Anbauflächen sind damit Grenzen aus umweltschutz- und biodiversitätsgründen gesetzt. Vorbehalten bleiben ökonomische Überlegungen der Grundeigentümer.

Zu b) Die vom Postulenten aufgezeigten Beispiele „regionaler Weihnachtsbäume“ beziehen sich bezeichnenderweise auf kommunale Vorhaben. Wir sind der Ansicht, dass dieser örtliche Ansatz der korrekte ist, die Förderung solcher Anliegen darum durch die Gemeinden in Verbindung mit den örtlichen Wald- und Landeigentümern und nicht durch die kantonale Verwaltung zu erfolgen hat. Ansätze zu „Weihnachtsbäume selber schneiden“ sind im Kanton bereits vorhanden (Bürgergemeinde Allschwil und an einigen Orten existieren kommunale Weihnachtsbaummärkte von Bürgergemeinden und auch Privatpersonen. Falls es auch in der Region einen Markt gibt für wiederverwendbare Weihnachtsbäume oder die Aussicht besteht, einen solchen zu schaffen, scheint es uns die Sache/Verantwortung der interessierten Waldeigentümer/Landwirtschaftsbetriebe derartige Chancen zu nutzen. Eine allfällige Förderung solcher Bestrebungen gehört nach unserer Einschätzung in die Verantwortung der Gemeinden. Dazu gehört auch die Sensibilisierung und Information der Bevölkerung.